Stadt Bad Münstereifel
- Der Bürgermeister
Az:

Bad Münstereifel, den 11.06.2026

Nr. der Ratsdrucksache: **240-XII/Z-2**

Beratungsfolge	Termin
Ausschuss für Umwelt, Tourismus und Mobilität	23.06.2026

Zur Beratung in **öffentlicher** Sitzung:

Bezeichnung des Tagesordnungspunktes:
Verkehrsberuhigung im Ortsteil Hohn (Bereich Bremerberg)
hier: Ausarbeitung der Verwaltung

Berichterstatter/in: Marvin Wilke

( ) Kosten €:

Die Mittel stehen haushaltsrechtlich zur Verfügung
( ) ja / ( ) nein
( ) Nothaushalt / Übergangswirtschaft

( ) Anlagen sind beigefügt

( ) Die Mittel müssen über-/außerplanmäßig bereitgestellt werden.
( ) Kostenstelle _____ Konto _____
( ) Folgekosten: ( ) ja / ( ) nein _____ € jährlich
( ) Beschlussausführung bis _____

Ausgearbeitet:		Beteiligt:		Mitgezeichnet:	
	GBA		**20.1**		
	PR		**AL**		
	20		**32.19**		

_____
Bürgermeister

An der Abstimmung hat/haben (wegen Befangenheit) nicht teilgenommen:

( ) zurückgezogen ( ) vertagt ( ) von der Tagesordnung abgesetzt

( ) verwiesen in den _____

Abstimmungsergebnis:

UmTouMo	( ) einstimmig	( ) Ja-Stimmen	( ) Nein-Stimmen	( ) Enthaltungen
@GRK2@	( ) einstimmig	( ) Ja-Stimmen	( ) Nein-Stimmen	( ) Enthaltungen

1. Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 10.06.2026 beantragt die AfD-Fraktion die Prüfung und Umsetzung geeigneter Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit auf der Straße „Bremerberg“ im Ortsteil Hohn. Hintergrund sind Beschwerden von Anwohnern über die gefahrenen Geschwindigkeiten im Bereich der dort angeordneten Tempo-30-Regelung. Die dem Antrag beigefügte Geschwindigkeitsmessung der Verwaltung, welche auf Antrag des Fraktionsvorsitzenden stattgefunden hat, weist bei insgesamt 3.682 erfassten Fahrzeugen eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 51 km/h, einen V85-Wert von 63 km/h sowie einen Anteil von 94,8 % geschwindigkeitsüberschreitender Fahrzeuge aus.

Bereits mit Schreiben vom 08.05.2026 hat die SPD-Fraktion einen Antrag zur Erneuerung und baulichen Aufwertung der vorhandenen Verkehrsberuhigungsmaßnahmen im Bereich Bremerberg gestellt. Darin wird ausgeführt, dass die ursprünglich vorhandenen Fahrbahnverschwenkungen mittels Pflanzkübeln und Fahrbahnmarkierungen inzwischen teilweise entfallen oder funktionslos geworden seien und ihre verkehrsberuhigende Wirkung nicht mehr entfalten würden. Die SPD-Fraktion regt daher die Entwicklung und Umsetzung eines Konzepts mit dauerhaften baulichen Einengungen, erhöhten Bordsteinen und begrünten Baumscheiben an.

Die vorliegenden Anträge verfolgen damit dasselbe Ziel, nämlich die Verbesserung der Verkehrssicherheit und die Reduzierung der gefahrenen Geschwindigkeiten auf der Straße Bremerberg.

2. Rechtliche Würdigung

Die Straße Bremerberg befindet sich innerhalb einer Tempo-30-Zone. Die Anordnung und Änderung straßenverkehrsrechtlicher Maßnahmen richtet sich nach den Vorschriften der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO). Für verkehrsregelnde Maßnahmen ist die Straßenverkehrsbehörde des Kreises Euskirchen zuständig. Entscheidungen über zusätzliche Verkehrszeichen, Fahrbahnmarkierungen oder sonstige verkehrslenkende Maßnahmen erfolgen regelmäßig auf Grundlage einer gemeinsamen Verkehrsschau unter Beteiligung der Straßenverkehrsbehörde, der Polizei sowie der Straßenbaulastträger.

Die von der Verwaltung erhobenen Messergebnisse belegen, dass die zulässige Höchstgeschwindigkeit im Bereich Bremerberg in erheblichem Umfang überschritten wird. Dies rechtfertigt eine erneute fachliche Bewertung der örtlichen Verkehrssituation durch die zuständigen Stellen.

Die von der SPD-Fraktion vorgeschlagenen baulichen Maßnahmen stellen hingegen erhebliche Eingriffe in den Straßenraum dar. Neben den Investitionskosten wären hierfür Planungsleistungen, gegebenenfalls Grunderwerbsfragen, Abstimmungen mit Versorgungsträgern sowie spätere Unterhaltungsaufwendungen erforderlich. Vor dem Hintergrund des bestehenden Haushaltssicherungskonzeptes erscheinen derartige Tiefbaumaßnahmen derzeit nur schwer realisierbar. Zudem sollte vor einer Entscheidung über kostenintensive bauliche Veränderungen zunächst geprüft werden, ob durch straßenverkehrsrechtliche oder organisatorische Maßnahmen bereits eine Verbesserung der Verkehrssicherheit erreicht werden kann.

Aus Sicht der Verwaltung ist daher zunächst eine fachliche Bewertung im Rahmen der nächsten Verkehrsschau zweckmäßig. Dort können die vorliegenden Messergebnisse, die örtlichen Gegebenheiten sowie mögliche Handlungsoptionen gemeinsam mit den zuständigen Fachbehörden bewertet werden.

3. Finanzielle Auswirkungen und Auswirkungen auf das Haushaltssicherungskonzept

4. Organisatorische und personelle Auswirkungen

5. Lösungsvorschlag und mögliche Alternativen und deren Auswirkungen

Die Verwaltung schlägt vor, die Thematik „Geschwindigkeitsüberschreitungen und Verkehrsberuhigung im Bereich Bremerberg, Ortsteil Hohn“ auf die Tagesordnung der nächsten Verkehrsschau aufzunehmen.

Im Rahmen der Verkehrsschau sollen insbesondere die Ergebnisse der Geschwindigkeitsmessung ausgewertet, die bestehende Verkehrssituation bewertet sowie mögliche straßenverkehrsrechtliche oder verkehrsorganisatorische Maßnahmen geprüft werden.

Von einer unmittelbaren Planung und Umsetzung kostenintensiver Tiefbaumaßnahmen entsprechend dem Antrag der SPD-Fraktion sollte derzeit Abstand genommen werden. Angesichts der finanziellen Rahmenbedingungen im Haushaltssicherungskonzept erscheint eine kurzfristige Realisierung solcher Maßnahmen nicht realistisch. Zunächst sollte das Ergebnis der Verkehrsschau abgewartet werden, um auf Grundlage einer fachlichen Bewertung über das weitere Vorgehen zu entscheiden.

6. Auswirkungen auf den demographischen Wandel

7. Auswirkungen auf den Klimawandel

8. Beschlussvorschlag:

Alternative A laut Antrag der SPD-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt:
1. ein Konzept zur dauerhaften und baulichen Herstellung von Fahrbahnverschwenkungen im genannten Bereich zu erarbeiten und umzusetzen,
2. dabei insbesondere bauliche Einengungen mit erhöhten Bordsteinen sowie begrünten Baumscheiben zu prüfen,
3. die Maßnahmen so auszugestalten, dass eine nachhaltige Geschwindigkeitsreduzierung sowie eine gestalterische Aufwertung des Ortseingangs („Torwirkung“) erreicht wird,
4. die bestehenden unvollständigen bzw. funktionslosen Markierungen im Zuge der Umsetzung zu entfernen oder anzupassen.

Alternative B laut Antrag der AfD-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, die zuständigen Stellen zeitnah mit der Prüfung und Umsetzung geeigneter Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit zu beauftragen und die politischen Gremien zu unterrichten.

Dazu legt die Verwaltung auf Grundlage der oben ausgeführten Begründung folgenden Beschlussvorschlag als Alternative C vor:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Verkehrssituation auf der Straße Bremerberg im Ortsteil Hohn unter Berücksichtigung des Antrags der AfD-Fraktion vom 10.06.2026 sowie des Antrags der SPD-Fraktion vom 08.05.2026 auf die Tagesordnung der nächsten Verkehrsschau u.a. mit dem Kreis Euskirchen zu setzen.

Im Rahmen der Verkehrsschau sind die vorliegenden Geschwindigkeitsmessungen, die bestehende Verkehrsführung sowie mögliche Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit fachlich zu bewerten.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Ergebnisse der Verkehrsschau den politischen Gremien vorzulegen und gegebenenfalls Handlungsempfehlungen für das weitere Vorgehen zu unterbreiten.
Von der Planung und Umsetzung baulicher Tiefbaumaßnahmen wird bis zum Vorliegen der Ergebnisse der Verkehrsschau Abstand genommen. Insbesondere vor dem Hintergrund des Haushaltssicherungskonzeptes sind kostenintensive Umbaumaßnahmen derzeit zurückzustellen.